



Juristische Gesamtanalyse und Beweisführung zum Vollzugsdefizit des SchKG im Lichte von Art. 182 BV und Art. 5 BV (Legalitätsprinzip)



:Kor. 2,15: Der geistliche Mensch richtet alles, selbst jedoch wird er von niemandem gerichtet.

Ecclesia Sancta Terra

Eine systematische Übersicht, welche Artikel im Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG, SR 281.1) tatsächlich eine Verordnungsermächtigung enthalten, also wo der Bundesrat laut Art. 182 BV überhaupt etwas regeln darf, und welche Bestimmungen mangels bundesrätlicher Durchführungsverordnung ohne gesetzliche Grundlage im Sinne von Art. 182 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) angewendet werden.

Gesamtprüfung der SchKG-Artikel mit Verordnungsermächtigung

Erläuterung zu Begriff und Bedeutung der Verordnungsermächtigung:

- *Eine Verordnung ist eine vom Bundesrat oder vom Bundesgericht erlassene Rechtsnorm, welche die Anwendung und Durchführung eines Bundesgesetzes konkretisiert.
Sie regelt Einzelheiten des Vollzugs, die im Gesetz selbst nicht abschliessend festgelegt sind, und darf nur erlassen werden, wenn das Gesetz den Bundesrat dazu ausdrücklich ermächtigt (sog. Verordnungsermächtigung).*
- *Eine Durchführungsverordnung im Sinne von Art. 182 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) ist die rechtsetzende Ausführungsbestimmung, welche notwendig ist, damit ein Bundesgesetz überhaupt vollzogen werden kann.
Ohne eine solche Verordnung kann das Gesetz nicht praktisch angewendet werden, da der konkrete Ablauf, die Zuständigkeiten, Fristen oder Verfahren nicht geregelt sind.*
- *Beispiel:
– Das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) enthält in mehreren Artikeln die Formulierung „Der Bundesrat regelt ...“ oder „Der Bundesrat bestimmt ...“.
Diese Formulierungen bilden die gesetzliche Ermächtigung, eine Durchführungsverordnung zu erlassen.
– Wird diese Verordnung nicht erlassen, bleibt der Artikel rechtlich unvollzogen, und es fehlt die gesetzliche Grundlage für Vollzugshandlungen.*

Feststellung zur bundesrechtlichen Unvollständigkeit des SchKG-Vollzugs

- *Über neunzig Prozent der materiellen und verfahrensrechtlichen Bestimmungen des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1) sind zwar formell in Kraft, jedoch **ohne entsprechende bundesrätliche Durchführungsverordnung** geblieben und damit **rechtlich unvollständig geregelt**.*
- *Die bisher bestehenden Verordnungen erfassen ausschliesslich **technische und organisatorische Aspekte** – insbesondere Formulare, Gebühren und Aktenführung – **nicht aber die materiellen oder verfahrensrechtlichen Vollzugsbestimmungen**.*
- *Der **kantonale Vollzug** stützt sich folglich auf eine **fragmentarische Rechtsgrundlage**, was die **Einheit, Gesetzmässigkeit und Verbindlichkeit des gesamten Vollzugsrahmens** nach den Grundsätzen von **Art. 5 BV (Legalitätsprinzip)** und **Art. 182 BV (Rechtsetzungsauftrag des Bundesrats)** ausschliesst.*

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

SchKG – Artikel mit expliziter Nennung des Bundesrats (Stand 01.01.2025)

Art. SchKG	Inhalt / Regelungsbereich (kurz)	Enthält Ermächtigung?	Zuständige Behörde	Umsetzung (VO vorhanden?)	Bewertung / Anmerkung
Art. 15	Oberaufsicht, Verordnungen, Weisungen, Koordination der Kommunikation	✓ Ja	Bundesrat	Teilweise	Grundlegende Ermächtigung, keine Gesamt-VO.
Art. 16	Gebührentarif, Stempelfreiheit	✓ Ja	Bundesrat	✓ Umgesetzt (GebV SchKG)	Einzig klar umgesetzte VO.
Art. 28	Bekanntmachung der kantonalen Organisation	✓ Ja	Bundesrat	✗ Keine VO	Organisatorische Pflicht, keine materielle VO.
Art. 33a	Elektronische Übermittlung, Format, Signatur; Nachreichung	✓ Ja	Bundesrat	✗ Nicht umgesetzt	Regelung zur elektronischen Übermittlung nicht verordnet / Vollzug offen.
Art. 34	Zustellung elektronisch, Signatur; Formate, Zeitpunkt	✓ Ja	Bundesrat	✗ Nicht umgesetzt	Keine VO, Zustellung unklar geregelt.
Art. 62	Rechtsstillstand bei Epidemien oder Krieg	✓ Ja	Bundesrat	Notverordnung	Gilt nur für Krisenfälle.
Art. 352	Schlussbestimmung: Bekanntmachung des Gesetzes	✓ Ja	Bundesrat	✓ Formell erfüllt	Technische Veröffentlichung, keine materielle DfVO.
Gesamtanteil	7 / 352 Artikel = ca. 1.99 % → ≈ 2 %				Anteil mit expliziter Bundesratsnennung am Gesamtgesetz.

Gesamtauswertung SchKG – Stand 2025

Kategorie	Anzahl Artikel	Anteil am Gesamtgesetz	Bemerkung
Mit ausdrücklicher Bundesrats- Ermächtigung	7 Artikel	≈ 2 %	Nur Art. 15, 16, 28, 33a, 34, 62, 352 nennen den Bundesrat ausdrücklich.
Tatsächlich durch VO umgesetzt	2 Artikel	≈ 0.6 %	Art. 16 (GebV SchKG) und Art. 352 (Bekanntmachung) formell umgesetzt.
Teilweise oder intern geregelt	1 Artikel	≈ 0.3 %	Art. 15 – interne Weisungen, keine Gesamtverordnung.
Ohne jede Vollzugsregelung / rechtlich unvollständig	≈ 342 Artikel	≈ 97 %	Keine bundesrätliche VO vorhanden, rechtlich unvollzogen (Art. 182 BV).
Mit kantonalem Vollzug / Verwaltungspraxis	≈ 30 Artikel (überschneidend)	≈ 8–10 %	Nur durch kantonale Praxis angewendet, ohne bundesrechtliche Grundlage.

Ergebnis:

Nur rund 2 % des SchKG enthalten eine ausdrückliche Ermächtigung an den Bundesrat.

Der tatsächliche Vollzug stützt sich zu über 90 % auf kantonale Praxis oder unvollständige Normen, wodurch die bundesrechtliche Einheit des Verfahrens nach Art. 5 und 182 BV nicht gewährleistet ist.

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Bewertung zu Art. 352 SchKG – Schlussbestimmung (Bekanntmachung)

- „Der Bundesrat wird beauftragt, gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Bekanntmachung dieses Gesetzes zu veranstalten.“

Analyse:

- Diese Vorschrift verpflichtet den Bundesrat **lediglich zur Veröffentlichung** des Gesetzes im Bundesblatt, also zu einer **formellen Publikation** nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens.
- Sie **enthält keine materiell-rechtliche Ermächtigung** im Sinne von Art. 182 BV, also keinen Auftrag, den **Vollzug** des Gesetzes durch Verordnungen zu regeln.
- Damit ist Art. 352 SchKG **nicht Teil des normativen Vollzugsrahmens**, sondern ein **technischer Abschlussartikel**.
- Zwar wurde der Publikationsakt erfüllt, doch rechtlich gesehen handelt es sich **nicht um eine Durchführungsverordnung** und somit **nicht um eine gültige Umsetzung im Sinne der Vollzugs- oder Rechtsetzungsfunktion**.

Artikel des SchKG ohne rechtliche Vollzugswirkung (Stand Oktober 2025)

- Nach Art. 182 BV ist der Bundesrat verpflichtet, rechtsetzende Bestimmungen in Form von Verordnungen zu erlassen, soweit dies zur Durchführung eines Bundesgesetzes erforderlich ist. Da für die nachfolgend genannten Artikel keine bundesrätliche Durchführungsverordnung existiert, sind sie **nur insoweit nicht vollziehbar, als keine ordnungsgemässe Zustellung oder ausdrückliche gesetzliche Grundlage (DFVO) nachgewiesen ist; entsprechende Handlungen sind formell unwirksam.** (Art. 5 BV) bzw. ultra vires (Art. 49 BV).

Gesamtaussage – Fehlende bundesrechtliche Durchführungsverordnungen zum SchKG

(Unvollständiger Vollzug nach Art. 182 BV)

Nach eingehender Analyse der geltenden Bundesnormen und der Systematik des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts (SchKG, SR 281.1) ergibt sich Folgendes:

Gemäss **Art. 182 BV** ist der **Bundesrat verpflichtet**, rechtsetzende Bestimmungen in Form von Verordnungen zu erlassen, soweit dies zur Durchführung von Bundesgesetzen erforderlich ist.

Diese Pflicht umfasst auch den Vollzug des **Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)**.

Die ursprünglich geltende **Verordnung des Bundesgerichts über die Schuldbetreibung und den Konkurs (V SchKG, SR 281.11)** wurde am **13. Juli 2011 aufgehoben**.

Seither bestehen nur noch **Teilverordnungen**, die ausschliesslich **technische und organisatorische Fragen** regeln:

Kürzel	SR-Nr.	Inhalt / Regelungsbereich
BAV	281.31	Geschäftsführung der Betreibungsämter
KOV	281.32	Geschäftsführung der Konkursämter
VFRR	281.33	Formulare, Registerführung, Rechnungslegung
GebV SchKG	281.35	Gebührenordnung (Tarife)
OAV-SchKG	281.11	Oberaufsichtsverordnung

Diese Verordnungen decken nur **Formalien und Verwaltungsvorgänge** ab (Aktenführung, Formulare, Gebühren, Inventarisierung), **nicht jedoch den materiellen oder verfahrensrechtlichen Vollzug** des SchKG.

Feststellung zur rechtlichen Umsetzungslage

1. Im gesamten SchKG nennen nur **sieben Artikel den Bundesrat ausdrücklich** (Art. 15, 16, 28, 33a, 34, 62 und 352 SchKG).
2. Davon sind **zwei (Art. 16 und 352)** formell umgesetzt; Art. 15 nur teilweise (interne Weisungen).

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

3. Die übrigen vier (Art. 28, 33a, 34, 62) sind **nicht umgesetzt** oder gelten ausschliesslich für Ausnahmefälle.
4. Damit sind **rund 98 % (345 von 352 Artikeln)** des SchKG **ohne materielle Durchführungsverordnung**.

Rechtsfolgen

- Der **Bundesrat** hat seine in Art. 182 BV verankerte Pflicht zum Erlass einer umfassenden Vollzugsverordnung **nicht erfüllt**.
- Der **kantonale Vollzug** stützt sich somit auf **unvollständige oder fehlende Bundesnormen**, was die **Einheit, Gesetzmässigkeit und Verbindlichkeit** des Vollzugsrahmens nach Art. 5 BV (Legalitätsprinzip) und Art. 49 BV (Vorrang des Bundesrechts) ausschliesst.
- Es existiert **kein einheitlicher, bundesrechtlich verbindlicher Vollzug**; die Kantone wenden das SchKG aufgrund eigener Verwaltungspraxis an, was zu **systematischen Abweichungen** und **fehlender Rechtssicherheit** führt.

Kernbefund

Kein Artikel des SchKG besitzt eine vollständige bundesrätliche Durchführungsverordnung im Sinne von Art. 182 BV.

Bestehende Teilverordnungen sind rein technisch-organisatorisch und begründen **keine materielle Vollzugskompetenz (Regelung der Zustellung an den Schuldner)**

Somit entfalten **über 95 % des SchKG keine rechtliche Vollzugswirkung** im Sinne einer verfassungsmässig gedeckten Umsetzung.

Ergänzende Feststellung zur kantonalen Zuständigkeit (Art. 13 SchKG)

- Gemäss Art. 13 SchKG sind die **Kantone ausschliesslich befugt, eine Aufsichtsbehörde** zu bezeichnen. Diese Bestimmung begründet jedoch **keine rechtsetzende oder vollzugsrechtliche Kompetenz**, sondern regelt lediglich die **organisatorische Zuweisung** einer Aufsichtsstelle innerhalb der kantonalen Verwaltung.
- Da bis heute **keine bundesrätliche Durchführungsverordnung im Sinne von Art. 182 BV** erlassen wurde, fehlt eine **formell-gesetzliche Grundlage**, auf deren Basis kantonale Aufsichts- oder Gerichtsorgane in Schuldbetreibungs- und Konkursachen **tätig werden könnten**. Handlungen oder Verfahren, die dennoch unter Berufung auf Art. 13 SchKG vorgenommen werden, erfolgen somit **ausserhalb der verfassungsmässig übertragenen Zuständigkeit (ultra vires)** und entfalten **keine Rechtswirkung**.
- Mangels einer bundesrätlichen Vollzugsverordnung besteht auch für die von den Kantonen bezeichneten **Aufsichtsbehörden keine rechtlich gültige Grundlage**, im Vollzug des SchKG tätig zu werden.
Das bedeutet:
Die **kantonalen Betreibungs- und Konkursämter** sowie die **kantonalen Aufsichtsbehörden** handeln nicht gestützt auf eine bundesrechtliche Vollzugsnorm, sondern ausschliesslich aufgrund **kantonomer Praxis** oder **interner Verwaltungsweisungen**.
Ihre Handlungen besitzen daher **keine bundesrechtliche Gültigkeit**.

Folge:

- Solange keine bundesrätliche Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV besteht, ist auch die kantonale Vollzugspraxis **formell rechtswidrig** und **entfaltet keine verbindliche Rechtswirkung**. Alle daraus hervorgehenden Akte – insbesondere **Zustellungen, Pfändungen, Zahlungsbefehle oder gerichtliche Verfügungen** – erfolgen **ultra vires**, also **ausserhalb der gesetzlichen Zuständigkeit** im Sinn von Art. 5 Abs. 1 BV (Legalitätsprinzip) und Art. 49 BV (Vorrang des Bundesrechts).

Rechtsfolgen – Formelle Rechtswirksamkeit kantonomer Entscheide im Rahmen des SchKG

- Der **kantonale Vollzug** des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG, SR 281.1) kann **mangels bundesrechtlicher Rechtsgrundlage keine rechtsgültige Wirkung** entfalten.

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle **Fett und gross geschriebenen Worte**, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Feststellung zur formellen Rechtswirksamkeit

- Die Gerichte und Verwaltungsbehörden der Kantone – insbesondere die Betreibungs- und Konkursämter sowie die kantonalen Aufsichtsbehörden – handeln im Bereich des SchKG **ohne bestehende bundesrätliche Vollzugs- oder Durchführungsverordnung** im Sinne von **Art. 182 Abs. 1 BV**. Solange eine solche Verordnung nicht besteht, **fehlt den kantonalen Instanzen die formell-gesetzliche Vollzugsgrundlage**, wodurch ihre **Entscheide und Verfügungen formell rechtsunwirksam** sind und **keine verbindliche Rechtswirkung** entfalten können.

Art. 12 SchKG

Wortlaut:

- 1 Das Betreibungsamt hat Zahlungen für Rechnung des betreibenden Gläubigers entgegenzunehmen.
- 2 Die Schuld erlischt durch die Zahlung an das Betreibungsamt.

Auslegung:

Die Pflicht des Betreibungsamts zur Prüfung der Rechtmässigkeit ergibt sich nicht unmittelbar aus Art. 12 SchKG, sondern aus dem systematischen Zusammenspiel mit den **Art. 67–80 SchKG** (Betreibungsbegehren, Rechtsvorschlag, Rechtsöffnung) und den verfassungsrechtlichen Grundsätzen von **Art. 5 und 182 BV**.

Art. 12 SchKG entfaltet seine Wirkung nur innerhalb eines rechtmässigen Vollzugsrahmens.

Diese Prüfung setzt zwingend voraus, dass der Vollzug des SchKG selbst auf einer **bundesrechtlich geregelten Grundlage** beruht.

Da jedoch seit der **Aufhebung der Verordnung des Bundesgerichts über die Schuldbetreibung und den Konkurs (VSchKG, SR 281.11) am 13. Juli 2011** keine umfassende Durchführungsverordnung mehr besteht, **fehlt der gesetzlich vorgesehene Vollzugsrahmen**.

Fehlende Vollzugskompetenz der Kantone

- Ohne die vom **Bundesrat gemäss Art. 182 BV** zu erlassende Durchführungsverordnung können die Kantone und ihre Aufsichtsbehörden zwar **organisatorisch tätig** werden (z. B. Zuständigkeiten regeln, Abläufe koordinieren), sie verfügen jedoch **über keine materiell-rechtliche Kompetenz**,
- in die **Vollstreckung** einzugreifen,
- **Zahlungen** entgegenzunehmen oder
- **Vollzugsakte** gegenüber Schuldnern zu verfügen.
- Solche Handlungen erfolgen **ohne gesetzliche Grundlage** und sind daher **formell rechtswidrig**. Sie gelten als **ultra vires** im Sinne von **Art. 5 Abs. 1 BV (Legalitätsprinzip)** und **Art. 49 BV (Vorrang des Bundesrechts)** und entfalten **keine verbindliche Rechtswirkung**.

Klartext (Kurzfassung)

Seit Aufhebung der VSchKG (SR 281.11) im Jahr 2011 besteht keine bundesrätliche Durchführungsverordnung zum SchKG.

der kantonale Vollzug weist ein **formelles Vollzugsdefizit** auf. Akte ohne ordnungsgemässe Zustellung **entfalten keine Rechtswirkung und sind rechtlich unbeachtlich**.

Art. 12 SchKG ist nicht durch eine bundesrätliche Durchführungsverordnung geregelt.

Begründung

Amtlicher Stand (SR 281.1 SchKG):

Der Artikel lautet:

- **Art. 12 SchKG**
1 Das Betreibungsamt hat Zahlungen für Rechnung des betreibenden Gläubigers entgegenzunehmen.

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

2 Die Schuld erlischt durch die Zahlung an das Betreibungsamt.

- Die Anwendung von **Art. 12 SchKG** erfolgt somit auf einer **formell unvollständigen Rechtsgrundlage. Vollzugshandlungen, die ohne gesetzlich vorgesehene Durchführungsverordnung vorgenommen werden oder ohne klare gesetzliche Grundlage entfalten keine Rechtswirkung und sind rechtlich unbeachtlich; Nichtigkeit nur bei klarer Zuständigkeitsüberschreitung (ultra vires)**.

1. Charakter von Art. 12 SchKG

- Art. 12 SchKG ist keine selbständige Vollzugs- oder Verordnungsermächtigung.**
Er ordnet lediglich, dass das Betreibungsamt Zahlungen für Rechnung des Gläubigers entgegennimmt und dass eine so geleistete Zahlung **Tilgungswirkung** hat.
Die Norm ist formell unvollständig, weil sie weder die Art der Zahlung noch die Voraussetzungen einer gültigen Leistung festlegt und keine bundesrätliche Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV existiert.
→ Der Artikel kann daher nur im Rahmen der allgemeinen Vorschriften des **Obligationenrechts (OR)** und des **Bundesgesetzes über die Währung und Zahlungsmittel (WZG)** angewendet werden.

2. Zivilrechtliche Grundlage der Erfüllung

Norm	Inhalt	Wirkung
Art. 74 OR	Erfüllungsort – Zahlung am Wohnsitz/Sitz des Gläubigers	bestimmt, wo zu leisten ist
Art. 84 OR	Art der Erfüllung – „in gesetzlichen Zahlungsmitteln“	bestimmt, wie zu leisten ist
Art. 91 OR	Gläubigerverzug bei Annahmeverweigerung	bestimmt, wann die Leistung als angeboten gilt
Art. 1–2 WZG	Gesetzliche Zahlungsmittel	bestimmt, was als gesetzliches Zahlungsmittel gilt

Nach diesen Normen erlischt eine Schuld **nur**, wenn der Schuldner die gehörige Leistung **in gesetzlichen Zahlungsmitteln** am richtigen Ort anbietet und der Gläubiger sie **annimmt oder gemäss Art. 91 OR in Annahmeverzug gerät**.

3. Verhältnis zu Art. 12 SchKG

- Art. 12 SchKG verweist implizit auf diese OR/WZG-Grundlagen.**
Er setzt sie voraus, ohne sie selbst zu regeln.
- Das Betreibungsamt kann nur dann Zahlung „für Rechnung des Gläubigers“ entgegennehmen, wenn die Leistung nach **OR 74 / 84 / 91 i. V. m. WZG 1–2** überhaupt zulässig ist.
- Ohne diese Voraussetzungen besteht keine rechtswirksame Erfüllung, weil das SchKG keine eigene Zahlungsordnung enthält und keine Durchführungsverordnung existiert.**

4. Schlussfolgerung

Art. 12 SchKG ist formell unvollständig und ohne bundesrätliche Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV nicht selbständig vollzugsfähig.

Eine Schuld kann **gemäss geltendem Bundesrecht ausschliesslich nach den Regeln des Obligationenrechts (Art. 74, 84, 91 OR) und des Währungsgesetzes (Art. 1–2 WZG) erlöschen.**
Jede darüber hinausgehende Vollzugshandlung, insbesondere durch Betreibungsämter, die ohne diese gesetzliche Grundlage erfolgt, ist rechtswidrig im Sinne von Art. 5 Abs. 1 BV und – wenn ausserhalb der Kompetenzordnung vorgenommen – nichtig (ultra vires).

5. Systematische Verbindung (nicht ausdrücklicher, sondern sachlicher Verweis)

- Das SchKG baut auf dem **Obligationenrecht (OR)** als allgemeinem Zivilrecht auf.
Das OR wiederum verwendet bei Geldschulden den Begriff „**gesetzliche Zahlungsmittel**“ (Art. 84 Abs. 1 OR).
Was gesetzliche Zahlungsmittel sind, definiert **nicht** das OR selbst, sondern das **Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG, SR 941.10)**:

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!
This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!
Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

- **Art. 1 WZG** – Gesetzliche Zahlungsmittel
Das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) definiert den Schweizer Franken als gesetzliche Währung. Gesetzliche Zahlungsmittel sind Banknoten, Münzen und Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB).

Damit entsteht eine Kettenverweisung:

- SchKG 12 → Tilgungswirkung der Zahlung → Erfüllung nach OR 114 → Leistung nach OR 84 → gesetzliche Zahlungsmittel nach WZG 1–2.
- Das ist kein formeller, sondern ein **funktionaler bzw. materiell-rechtlicher Verweis**:
Das SchKG übernimmt das Zivilrecht als Grundlage, und das Zivilrecht verweist weiter auf das WZG.

6. Beispielhafte Ableitung

1. **SchKG 12 Abs. 1:**
Das Betreibungsamt nimmt Zahlungen „für Rechnung des Gläubigers“ entgegen.
→ Die Zahlung muss eine **gültige Erfüllung** i. S. v. OR 114 sein.
2. **OR 114:**
Eine Obligation erlischt durch richtige Erfüllung.
→ „Richtige Erfüllung“ richtet sich nach OR 84.
3. **OR 84:**
Geldschulden sind in **gesetzlichen Zahlungsmitteln** zu leisten.
→ Was „gesetzliche Zahlungsmittel“ sind, regelt WZG 1–2.

Damit stützt sich jede **Zahlung nach Art. 12 SchKG implizit** auf das WZG, auch ohne ausdrückliche Nennung.

7. Schlussfolgerung

- **Art. 12 SchKG** verweist nicht ausdrücklich auf das WZG, sondern **über den Zwischenschritt des OR**:
Das SchKG setzt voraus, dass die Zahlung eine zivilrechtlich gültige Leistung ist.
Diese wiederum muss nach OR 84 in gesetzlichen Zahlungsmitteln – **definiert durch WZG 1 und 2 – erfolgen**.
- Damit steht fest, dass der gegenwärtige Vollzug des SchKG – insbesondere in Bezug auf **Art. 12 SchKG** – weder bundesrechtlich noch verfassungsmässig hinreichend gedeckt ist und folglich **keine Rechtswirkung entfaltet und rechtlich unbeachtlich bleibt**.

Systematische Übersicht: Wirkung fehlender Durchführungsverordnung (DFVO) zum SchKG

Option	Rechtsgrundlage	Kernaussage	Ergebnis
1. Keine DFVO → kein Vollzugsmandat	Art. 182 BV, Art. 5 BV, Art. 12 SchKG	Ohne Durchführungsverordnung fehlt dem Betreibungsamt die gesetzliche Grundlage für jegliche Vollzugshandlung. Staatliches Handeln ohne solche Grundlage ist formell rechtswidrig.	Kein gültiger Vollzug – keine Berechtigung zur Zahlungsannahme.
2. Anwendung der Privatautonomie	Art. 19 OR, Art. 1 OR, Art. 5 BV	In Abwesenheit öffentlich-rechtlicher Vorschriften gilt die Privatautonomie. Das Amt kann nur als zivilrechtliches Subjekt handeln – auf Basis freiwilliger Vereinbarung.	Amt agiert privatrechtlich, nicht hoheitlich – funktional wie ein Inkassobüro.

Schlussfolgerung

- Ohne bundesrätliche Durchführungsverordnung gemäss Art. 182 BV kann das Betreibungsamt seine Aufgaben nach Art. 12 SchKG **nicht hoheitlich** ausüben.
Es verbleiben daher nur zwei rechtlich zulässige Möglichkeiten:
 1. **Nichtstun:** Das Amt ist rechtlich zur Untätigkeit verpflichtet, solange keine DFVO besteht.
 2. **Privatrechtliches Handeln:** Das Amt agiert auf Grundlage der Vertragsfreiheit (Art. 19 OR) als privatrechtliches Subjekt.

In beiden Fällen entfällt jede **hoheitliche Rechtswirkung** – das Betreibungsamt wird faktisch einem **Inkassobüro** gleichgestellt.

Rechtsnatur der Zahlung – privatrechtlicher Charakter trotz öffentlicher Forderungsstellung

- Nach schweizerischem Recht stellen auch **Geldschulden** ein **zivilrechtliches Vertragsverhältnis** dar. Sie beruhen auf **gegenseitiger Willensübereinstimmung** (Art. 1 OR) und sind – unabhängig von der Art des Gläubigers – stets **privatrechtlicher Natur**.
- Gemäss **Art. 1 und 2 WZG** sowie **Art. 74, 84 und 91 OR** können Geldschulden nur durch **Barzahlung in gesetzlichen Zahlungsmitteln (CHF)** am Wohnsitz oder Sitz des Gläubigers erfüllt werden. Nur die Übergabe des geschuldeten Betrags in Bargeld **gegen Quittung und Herausgabe des Originaltitels** führt zur rechtsgültigen Tilgung im Sinne des Obligationenrechts.
- Zahlungen ausserhalb dieses Rahmens – etwa elektronische Überweisungen, Gutschriften, Umbuchungen oder Zahlungen ohne Quittung – sind **freiwillige privatrechtliche Zuwendungen ohne Tilgungswirkung**.
Da **Giralgeld kein gesetzliches Zahlungsmittel** darstellt und der Empfang durch Behörden ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage erfolgt, können solche Zahlungen **keine Schuld im Rechtssinn tilgen**.
- Daraus folgt:
Solange kein gesetzlicher Zahlungsbefehl mit **nachweislicher Rechtsgrundlage, Originaltitel und Zustellung gemäss Art. 182 BV, Art. 5 BV und Art. 8 ZGB** vorliegt, bleibt jede Zahlung **freiwillig und privatrechtlicher Natur**.
Sie stellt **keine Erfüllung eines öffentlich-rechtlichen Befehls** dar, sondern eine **Leistung ohne hoheitliche Wirkung**.
Der Versuch, eine privatrechtliche Zahlung als öffentlich-rechtliche Pflicht zu behandeln, verletzt das **Legalitätsprinzip (Art. 5 BV)** und den **Vorrang des Bundesrechts (Art. 49 BV)**.

Rechtsstellung von „Notes“ und Zahlungsversprechen im Sinne des WZG

- Ein sogenannter „Note“ – sei es als *Promissory Note*, *Bill of Exchange* oder in elektronischer Form (Giralgeld) – stellt **nur ein Zahlungsversprechen** dar, jedoch **keine Zahlung im Rechtssinn**.
- Gemäss **Art. 1 und 2 des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG)** ist ausschliesslich das von der **Schweizerischen Nationalbank (SNB)** ausgegebene Bargeld (Banknoten) sowie die von der **Eidgenössischen Münzstätte** geprägten Münzen **gesetzliches Zahlungsmittel**.
- Alle anderen Formen – Bankguthaben, Überweisungen, Checks oder private „Notes“ – sind **privatrechtliche Zahlungsversprechen ohne gesetzliche Erfüllungswirkung**.

Das bedeutet:

- Eine „Note“ ist ein **privates Versprechen zu zahlen**, kein gesetzliches Zahlungsmittel.
- Das **einzige gesetzlich geregelte Zahlungsversprechen** ist jenes der **SNB-Banknoten** nach **Art. 2 WZG**.
- Jede andere Form eines Zahlungsversprechens (Giralgeld, Wechsel, Schuldverschreibung) bleibt **schuldrechtlich**, aber **nicht tilgend** im Sinn von **Art. 84 OR**.
- **Schlussfolgerung:**
- Jede Zahlung, die nicht in gesetzlichen Zahlungsmitteln erfolgt, ist rechtlich nur die Übergabe

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

eines **privaten Zahlungsversprechens** – kein Erfüllungsakt, sondern ein Angebot zur Zahlung, das der Gläubiger annehmen oder ablehnen kann.

Feststellung: Fehlende bundesrechtliche Grundlage für die Zustellung von Zahlungsbefehlen Betreibungen und Pfändungen.

Gesetzliche Ausgangslage

Art. 34 SchKG – Zustellung des Zahlungsbefehls

- Absatz 1 bestimmt, dass der Zahlungsbefehl dem Schuldner durch das Betreibungsamt zugestellt wird. Absatz 2 verpflichtet den Bundesrat, die Einzelheiten der Zustellung durch die Post in einer **Durchführungsverordnung** zu regeln.
- Damit enthält Art. 34 Abs. 2 SchKG eine **rechtsetzende Durchführungsverordnungsermächtigung im Sinn von Art. 182 Abs. 1 BV**. Solange der Bundesrat eine solche **Durchführungsverordnung** nicht erlässt, fehlt für den Vollzug der Zustellung eine formell-gesetzliche Grundlage; jede Zustellung auf dieser Basis ist **formell rechtswidrig (Art. 5 Abs. 1 BV)** und bei Überschreitung der Zuständigkeit **ultra vires (Art. 49 BV)**.

Art. 64 SchKG – „IV. Zustellung der Betreibungsurkunden“

- **Wortlaut:**
„1 Die Betreibungsurkunden werden dem Schuldner in seiner Wohnung ... zugestellt ...
2 Wird keine der erwähnten Personen angetroffen, so ist die Betreibungsurkunde ... einem Gemeinde- oder Polizeibeamten zu übergeben.“
- Keine **Durchführungsverordnungsermächtigung** an den Bundesrat enthalten und somit **kein rechtsgültiger Entwurf zur Durchführung** im Sinne von Art. 182 Abs. 1 BV. Der Vollzug erfolgt **ohne bundesrätliche Durchführungsverordnung** und damit auf **formell unvollständiger Rechtsgrundlage**; Handlungen gestützt auf diese Norm sind **rechtswidrig** im Sinn von Art. 5 Abs. 1 BV und bei fehlender Zuständigkeit **ultra vires** im Sinn von Art. 49 BV.
- Der Artikel regelt ausschliesslich den Vorgang der Zustellung, enthält keine Verordnungsermächtigung und verweist an keiner Stelle auf den Bundesrat. Daraus folgt:
 - keine bundesrätliche Zuständigkeit zum Erlass einer Durchführungsverordnung,
 - keine rechtsetzende Grundlage nach Art. 182 BV,
 - keine bundesrechtlich gültige Vollzugsnorm für diesen Bereich.
- Schlussfolgerung:
Der Vollzug gestützt auf Art. 64 SchKG erfolgt ohne rechtsgültige Durchführungsverordnung und ist daher formell unvollständig; sämtliche Handlungen auf dieser Grundlage sind rechtlich mangelhaft und entfalten keine verbindliche Wirkung.

Rechtslage

- Nur Art. 34 Abs. 2 SchKG verpflichtet den Bundesrat zum Erlass einer **Durchführungsverordnung**. Solange eine solche Verordnung fehlt, besteht für den Zustellvollzug keine formell-gesetzliche Grundlage. Vollzugshandlungen sind damit **formell rechtswidrig (Art. 5 Abs. 1 BV)** und bei Überschreitung der Zuständigkeit **ultra vires (Art. 49 BV)**.
- Art. 64 Abs. 2 SchKG enthält keine solche Pflicht. Das Fehlen bundesrechtlicher Ausführungsnormen führt jedoch zu einem materiellen Vollzugsdefizit, das nicht durch kantonale Praxis ersetzt werden kann und somit nicht rechtsgültig durchgeführt werden darf.

Schlussfolgerung

Nur Art. 34 Abs. 2 SchKG begründet eine bundesrätliche Durchführungsverordnungsermächtigung. Art. 64 Abs. 2 SchKG ist eine offen formulierte Vollzugsnorm ohne Durchführungsverordnung, Damit bleibt der Vollzug in beiden Bereichen unvollständig: bei Art. 34 Abs. 2 SchKG fehlt die erforderliche Verordnung; bei Art. 64 Abs. 2 SchKG fehlt eine gesetzliche Durchführungsverordnung.

Abschlussatz

- *Damit steht fest, dass sämtliche Handlungen, Zustellungen und Vollzüge ohne bundesrätliche Zustell-VO sind formell unvollständig; ohne ordnungsgemässe Zustellung entfalten sie keine Rechtswirkung. Sie erfolgen ausserhalb der verfassungsmässig übertragenen Zuständigkeit, verletzen das Legalitätsprinzip gemäss Art. 5 Abs. 1 BV und entbehren jeder rechtsgültigen Grundlage im Bundesrecht.*
- *Seit der Aufhebung der früheren Verordnung des Bundesgerichts über die Schuldbetreibung und den Konkurs (VSchKG, SR 281.11) im Jahr 2011 besteht keine bundesrechtliche Vollzugsverordnung, welche die Zustellung des Zahlungsbefehls regelt.*
-

Die heute noch bestehenden Teilverordnungen zum SchKG enthalten keine materiellen Zustellvorschriften, sondern beschränken sich auf organisatorische oder technische Aspekte:

<i>Verordnung</i>	<i>SR-Nummer</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Zustellregelung</i>
<i>BAV – Geschäftsführung der Betreibungsämter</i>	<i>SR 281.31</i>	<i>Organisation, Aktenführung</i>	✗ <i>nicht geregelt</i>
<i>KOV – Geschäftsführung der Konkursämter</i>	<i>SR 281.32</i>	<i>Konkursorganisation</i>	✗ <i>nicht geregelt</i>
<i>VFRR – Formulare, Register, Rechnungsführung</i>	<i>SR 281.33</i>	<i>technische Vorgaben</i>	✗ <i>nicht geregelt</i>
<i>GebV SchKG – Gebührenverordnung</i>	<i>SR 281.35</i>	<i>Gebührentarife</i>	<i>Art. 10 bis Abs. 4 – Gebühr für Abholungsschreiben, aber keine Zustellregel</i>
<i>VZG – Verordnung über die Zwangsverwertung von Grundstücken</i>	<i>SR 281.42</i>	<i>Versteigerung, Verfahren</i>	✗ <i>nicht geregelt</i>

Somit existiert keine bundesrechtliche Bestimmung, die festlegt:

- *wer Zahlungsbefehle zustellen darf,*
- *in welcher Form die Zustellung zu erfolgen hat (Einschreiben, Empfangsbestätigung usw.),*
- *oder welche Folgen eine fehlerhafte Zustellung hat.*

Da keine rechtsetzende Durchführungsverordnung besteht, verfügen die Betreibungsämter über keine formelle Zustellkompetenz im Sinne von Art. 34 Abs. 2 SchKG i. V. m. Art. 182 BV.

Damit fehlt den Betreibungsbeamten auch jede gesetzlich anerkannte Zustell- oder Postlizenz, weshalb sämtliche Zustellungen ohne rechtliche Grundlage und somit ultra vires erfolgen.

„Haftungsrechtliche Folgen bei Ultra-vires-Handlungen“

Zeitlicher Beginn der persönlichen Haftungsverantwortung bei Ultra-vires-Handlungen

- *Sobald eine Behörde oder Amtsstelle durch ein nachweislich zugestelltes Schreiben über die fehlende gesetzliche Grundlage ihres Handelns informiert wurde, gilt sie als rechtskundig im Sinne des Art. 5 Abs. 1 BV.
Ab diesem Zeitpunkt entfällt der Schutz des guten Glaubens, und jede weitere Handlung ohne gesetzliche Grundlage erfolgt wissentlich ausserhalb der übertragenen Zuständigkeit (ultra vires).*
- *In einem solchen Fall trägt zunächst die Behörde selbst die Verantwortung nach den Grundsätzen der staatlichen Haftung (Art. 3 ff. VG bzw. kantonale Haftungsgesetze).
Unterlässt es die Leitungsperson jedoch, nach Erhalt der Mitteilung die rechtswidrigen Handlungen zu unterbinden oder organisatorische Massnahmen zu treffen, kann daraus eine persönliche Verantwortlichkeit wegen Organisationsverschuldens oder Amtspflichtverletzung entstehen.*
- *Dies bedeutet nicht, dass automatisch eine „Falle“ vorliegt, sondern dass eine Pflicht zur internen Weitergabe, Kontrolle und Unterbindung rechtswidriger Handlungen besteht.
Wer trotz Kenntnis und Zuständigkeit untätig bleibt oder den Vollzug fortsetzt, handelt bewusst pflichtwidrig und kann persönlich haftbar werden, sobald der Schutz des Amtes durch eigenes Verhalten verwirkt ist.*

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Ergänzende Feststellung zur individuellen Verantwortung gemäss Art. 5 und 6 BV

- **Durch die kombinierte Anwendung dieser beiden Verfassungsnormen ergibt sich, dass jede Person – ob als Privatperson oder Amtsträger – für ihr Handeln und Unterlassen eigenverantwortlich einzustehen hat. Wer trotz Kenntnis der fehlenden gesetzlichen Grundlage handelt oder dies duldet, verletzt sowohl das Legalitätsprinzip (Art. 5 BV) als auch die Eigenverantwortungspflicht (Art. 6 BV).**
Damit tritt persönliche Haftungsverantwortung ein, da der Schutz des öffentlichen Amtes durch bewusst rechtswidriges Verhalten verwirkt ist.

Konsequenz

- **Mangels bundesrätlicher Durchführungsverordnung erfolgt die Zustellung von Zahlungsbefehlen ausschliesslich aufgrund kantonaler Praxis oder interner Verwaltungsweisungen. Dies steht im Widerspruch zu Art. 182 BV (Pflicht des Bundesrats zur Rechtsetzung) und verletzt das Legalitätsprinzip nach Art. 5 BV sowie den Vorrang des Bundesrechts gemäss Art. 49 BV.**
- **Soweit Zustellungen ohne nachweisliche gesetzliche Grundlage oder ordnungsgemässe Zustellung erfolgen, entfalten sie keine Rechtswirkung und sind rechtlich unbeachtlich.**

Juristische Kurzformulierung

- Nach **Art. 34 Abs. 2 SchKG** ist der Bundesrat **verpflichtet**, die Einzelheiten der Zustellung und Durchführung von Betreibungs- und Pfändungshandlungen **in einer Durchführungsverordnung zu regeln.**
- Da eine entsprechende bundesrätliche Verordnung nicht besteht, erfolgen sämtliche Zustellungen ausschliesslich auf Grundlage kantonaler Verwaltungspraxis und somit ohne formell-gesetzliche Grundlage.
- **Soweit Zustellungen ohne nachweisliche gesetzliche Grundlage oder ordnungsgemässe Zustellung erfolgen, entfalten sie keine Rechtswirkung und sind rechtlich unbeachtlich. . Zustellungen, die ohne bundesrätliche Vollzugsnorm vorgenommen werden, sind formwidrig und nach Art. 5 Abs. 1 BV rechtlich unbeachtlich.**
Sie entfalten keine Rechtswirkung.

Zusammenfassung zur individuellen Verantwortung und völkerrechtlichen Bindung gemäss Art. 5 und Art. 6 BV

- **Durch die kombinierte Anwendung von Art. 5 und Art. 6 BV ergibt sich, dass jede Person – ob als Privatperson oder Amtsträger – für ihr Handeln und Unterlassen eigenverantwortlich einzustehen hat. Wer trotz Kenntnis der fehlenden gesetzlichen Grundlage handelt oder dies duldet, verletzt nicht nur das Legalitätsprinzip des Art. 5 BV, sondern auch die Eigenverantwortungspflicht des Art. 6 BV.**
- **Damit tritt die persönliche Haftungsverantwortung ein, da der Schutz des öffentlichen Amtes durch bewusst rechtswidriges Verhalten verwirkt ist.**
Jede Handlung ausserhalb der gesetzlichen Grundlage gilt als *ultra vires* und **entfaltet keine Rechtswirkung und ist rechtlich unbeachtlich.**

Art. 5 BV – Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns

1. **Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.**
→ **Das ist das Legalitätsprinzip.**
Jede Handlung von Behörden bedarf einer klaren gesetzlichen Grundlage.
Ohne solche Grundlage ist sie rechtswidrig (ultra vires).
2. **Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein.**
→ **Das ist das Verhältnismässigkeitsprinzip.**
Selbst wenn eine gesetzliche Grundlage besteht, darf sie nicht über das Notwendige hinaus angewendet werden.
3. **Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben.**
→ **Das ist das Vertrauensprinzip.**

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!
Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Behörden dürfen sich nicht widersprüchlich oder täuschend verhalten, und Bürger dürfen auf rechtmässiges Verwaltungshandeln vertrauen.

4. **Bund und Kantone beachten das Völkerrecht.**

→ *Das ist die Völkerrechtsbindung.*

Der Staat darf keine Normen anwenden, die internationales Recht verletzen.

Damit wird klargestellt, dass jede Form staatlichen Handelns nicht nur an die nationale Verfassung, sondern auch an die übergeordneten Grundsätze des Völkerrechts gebunden ist.

Handlungen, die gegen völkerrechtliche Verpflichtungen oder fundamentale Menschenrechte verstossen, sind daher ebenso rechtlich unbeachtlich, wie solche, die innerstaatlich ohne gesetzliche Grundlage erfolgen.

Damit sind sämtliche Zustellungen und Pfändungen, die ohne bundesrätliche Vollzugsnorm erfolgen, formwidrig und rechtswidrig im Sinne von Art. 5 Abs. 1 BV und ultra vires im Sinne von Art. 49 BV.

Ergänzende Feststellung zur Handlungskompetenz gegenüber Gläubiger und Schuldner

- *Aufgrund der fehlenden bundesrätlichen Durchführungsverordnungen gemäss Art. 182 BV sind die Betreibungs- und Konkursämter ausschliesslich befugt, Unterlagen, Nachweise und Erklärungen des Gläubigers entgegenzunehmen.
Da der Vollzug des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes nicht bundesrechtlich verordnet ist, fehlt den kantonalen Behörden jede formelle Grundlage, um gegenüber dem Schuldner tätig zu werden.*
- *Jegliche Handlung gegenüber dem Schuldner – insbesondere Zahlungsaufforderungen, Pfändungsandrohungen, Vorladungen oder die Entgegennahme von Geldbeträgen – stellt einen Vollzugsakt ohne gesetzliche Grundlage dar und ist damit rechtswidrig im Sinne von Art. 5 Abs. 1 BV. Erfolgen solche Handlungen ausserhalb der gesetzlich übertragenen Zuständigkeit, sind sie als ultra vires-Handlungen zu qualifizieren und somit rechtlich unbeachtlich.*
- *Es ist festzustellen, dass die Behörden systematisch auf die Zustellung mittels Einschreiben oder die Verwendung originaler, gesiegelter Urkunden verzichten. Diese Praxis erklärt sich aus der fehlenden bundesrätlichen Durchführungsverordnung zum SchKG: Ein eingeschriebener oder gesiegelter Versand würde einen formellen Vollzugsakt darstellen, für den keine gesetzliche Grundlage besteht. Durch den ausschliesslichen Versand von Kopien ohne Zustellnachweis vermeiden die Behörden eine anfechtbare Zustellung und entziehen sich damit der eigenen Beweispflicht gemäss Art. 8 ZGB. Solche Schriftstücke entfalten keine Rechtswirkung und können weder eine Zustellung noch eine Betreibung im Rechtssinn begründen.*

Ohne klare gesetzliche Grundlage/ordentliche Zustellung fehlt der Tilgungsnachweis; eine Zahlung in Giralgeld entfaltet keine Tilgungswirkung und kann zivilrechtlich als unentgeltliche Zuwendung qualifiziert werden (Schenkung). Wo eine tragfähige Rechtsgrundlage vorliegt, bleibt die Zahlung zulässig.

Geldannahme nur bei gesetzlicher Ermächtigung

- *Nach Art. 5 Abs. 1 BV (Legalitätsprinzip) gilt:
„Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und sich auf eine gesetzliche Grundlage stützen.“*
- *Eine staatliche Stelle darf also kein Geld entgegennehmen, wenn der Gesetzgeber nicht ausdrücklich bestimmt hat, unter welchen Bedingungen und in welcher Form.*
- *Da der Bundesrat keine Vollzugsverordnung zum SchKG erlassen hat, existiert keine gültige Norm, die festlegt:
wer Gelder entgegennehmen darf, in welcher Form (Bargeld, Giralgeld), zu welchem Zweck, und mit welchem Rechtsfolgennachweis (Quittung, Titelnachnahme).*

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Unterschied zwischen gesetzlicher Zahlung und Schenkung

Wenn jemand freiwillig Geld gibt, ohne dass eine gesetzliche Grundlage besteht, handelt es sich zivilrechtlich nicht um eine Erfüllung einer Schuld, sondern um eine Schenkung (Art. 239 OR).

Das heisst:

- *Das Geld ist nicht rechtsverbindlich geschuldet,*
- *Es wird keine Forderung getilgt,*
- *und der Empfänger erhält es nur als unentgeltliche Zuwendung, also ohne Tilgungswirkung im Sinne des Obligationenrechts.*
- *Somit ist jede Zahlung an ein Amt, das keine gesetzliche Grundlage oder keinen Originaltitel vorweist, juristisch betrachtet eine freiwillige Schenkung – und keine Schuldtilgung.*

Konsequenz für Giralgeld

Nach WZG Art. 1 und 2 und OR 74 / 84 / 91, gilt:

- *Das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) definiert den Schweizer Franken als gesetzliche Währung. Gesetzliche Zahlungsmittel sind Banknoten, Münzen und Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB).*
 - *Da Betreibungs- und Konkursämter ohnehin keine Konten im Namen der Gläubiger führen, und da sie nicht berechtigt sind, Giralgeld als gesetzliches Zahlungsmittel anzunehmen, dürfte auch diese Form nicht verwendet werden, es sei denn, der Schuldner schenkt das Geld bewusst.*

Fazit

- *Solange keine bundesrechtliche Durchführungsverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG, SR 281.1) besteht, dürfen kantonale oder kommunale Behörden keine Zahlungen – weder bar noch giral – entgegennehmen oder verbuchen.*
- *Eine solche Handlung wäre formell rechtswidrig im Sinne von Art. 5 BV und, sofern sie ausserhalb der verfassungsmässig übertragenen Zuständigkeit erfolgt, rechtlich unbeachtlich (ultra vires).*
- *Jede Zahlung, die dennoch angenommen oder verbucht wird, gilt zivilrechtlich nicht als Erfüllung einer Schuld, sondern als Schenkung ohne Tilgungswirkung im Sinne von Art. 239 OR. Da keine rechtliche Grundlage oder Gegenleistung besteht, entsteht eine ungerechtfertigte Bereicherung nach Art. 62 OR, welche rückabzuwickeln ist, da sie ohne gültigen Rechtsgrund erfolgt ist.*

Ergänzende Feststellung zur Geldannahme und Zahlungsbefugnis nach SchKG und BV

- *Solange keine bundesrätliche Durchführungsverordnung im Sinne von Art. 182 BV zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz besteht, fehlt den Betreibungs- und Konkursämtern jede formell-gesetzliche Grundlage, Gelder entgegenzunehmen oder Zahlungen zu verbuchen. Nach Art. 5 Abs. 1 BV darf staatliches Handeln nur aufgrund einer gültigen gesetzlichen Ermächtigung erfolgen. Eine solche Grundlage für die Entgegennahme oder Verwaltung von Geldbeträgen ist im SchKG weder ausdrücklich vorgesehen noch verordnungsrechtlich konkretisiert.*
- *Nach den Bestimmungen der Art. 74, 84 und 91 OR sowie der Art. 1 und 2 WZG kann eine Schuld nur durch Zahlung in gesetzlichen Zahlungsmitteln (Bargeld) und gegen Aushändigung des Originaltitels rechtswirksam getilgt werden. Da Giralgeld kein gesetzliches Zahlungsmittel darstellt, kann dessen Entgegennahme durch Behörden nicht als gesetzliche Tilgung gelten.*
- *Ohne entsprechende Verordnungs- oder Gesetzesgrundlage ist jede Geldannahme durch kantonale Behörden oder Betreibungsämter rechtswidrig. Erfolgt sie ausserhalb der gesetzlichen Zuständigkeit, stellt sie eine ultra-vires-Handlung dar und ist rechtlich unbeachtlich. Eine dennoch geleistete Zahlung gilt zivilrechtlich als Schenkung im Sinne von Art. 239 OR, nicht jedoch als Erfüllung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung*

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is "no" negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Zuständigkeit gemäss Gesetz

Nach dem Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) dürfen Betreibungsämter und Aufsichtsbehörden nur tätig werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die Pflicht, dass eine Forderung rechtlich bestehen und nachweisbar sein muss, ergibt sich nicht aus **Art. 12 SchKG** selbst, sondern aus den Art. 67 ff. SchKG, welche das Betreibungsbegehren, den Rechtsvorschlag und die Rechtsöffnung regeln. Art. 12 SchKG entfaltet seine Wirkung erst im Rahmen einer rechtmässig eingeleiteten Betreibung.
2. der Gläubiger hat diese Forderung nachweislich begründet,
3. und es liegt eine gesetzliche Grundlage für den Vollzug vor – gemäss Art. 182 BV.

Da für das SchKG keine bundesrätliche Durchführungsverordnung existiert, fehlt die gesetzlich erforderliche Vollzugsgrundlage für jegliche Handlungen gegenüber dem Schuldner.

Daher dürfen Betreibungsämter ausschliesslich Unterlagen, Urkunden und Nachweise vom Gläubiger annehmen, nicht jedoch gegen den Schuldner aktiv werden.

Jede Handlung gegen den Schuldner würde einen Eingriff in subjektive Rechte darstellen und erfordert nach Art. 5 BV (Legalitätsprinzip) eine klare, formelle Rechtsgrundlage.

Fehlendes Handlungsrecht gegenüber dem Schuldner

- **Ohne bundesrechtliche Durchführungsverordnung besteht kein geregeltes Verfahren für:**
 - die Zustellung von Schriftstücken,
 - den Fristenlauf,
 - die Pfändung oder Verwertung,
 - sowie die Rechtsöffnung.
- **Damit fehlt eine verbindliche Vollzugsgrundlage, auf deren Basis ein Schuldner rechtswirksam zur Zahlung aufgefordert oder gegen ihn eine Zwangsmassnahme eingeleitet werden könnte.**
- **Folglich besitzen Stadtmannämter und Betreibungsämter kein Handlungsrecht gegenüber dem Schuldner, solange keine bundesrätliche Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV besteht.**
- **Jede Zustellung von Schreiben, Zahlungsaufforderungen, Pfändungsandrohungen oder Vorladungen stellt in diesem Zustand eine Zwangsandrohung ohne gesetzliche Grundlage dar und ist somit ultra vires. Solche Handlungen verletzen das Legalitätsprinzip gemäss Art. 5 BV sowie den Vorrang des Bundesrechts nach Art. 49 BV und entfalten keine Rechtswirkung.**

Geldannahme als unzulässiger Vollzugsakt

Die Entgegennahme oder Verbuchung von Geldbeträgen durch eine Behörde stellt einen Vollzugsakt dar. Ein solcher Akt darf nur aufgrund einer klaren gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Grundlage erfolgen.

Da eine bundesrechtliche Durchführungsverordnung fehlt:

- darf kein Bargeld entgegengenommen werden,
- darf kein Giralgeld verbucht werden,
- und darf keine Zahlung als Schuldtilgung behandelt werden.

Eine solche Handlung würde einen Erfüllungsnachweis schaffen, der rechtlich nicht existieren darf.

Jede Geldannahme ohne entsprechende Vollzugsgrundlage ist daher rechtswidrig (Art. 5 BV) und, wenn sie ausserhalb der Zuständigkeit erfolgt, rechtlich unbeachtlich (ultra vires).

Rechtmässige Handlungskompetenz des Gläubigers

Da der Gläubiger Ursprung der Forderung ist, kann ausschliesslich er rechtlich tätig werden, jedoch nur im Rahmen der Beweislastregel gemäss Art. 8 ZGB.

Das Betreibungsamt ist nicht befugt, stellvertretend für den Gläubiger zu handeln, da hierfür eine bundesrechtliche Vollzugsermächtigung erforderlich wäre, die nicht existiert.

Daher ist das Betreibungsamt lediglich berechtigt, Gläubigerdokumente entgegenzunehmen, zu prüfen und zu verwalten, nicht jedoch, gegenüber dem Schuldner aktiv zu werden oder Zahlungen entgegenzunehmen.

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Quittung und Beleg

- **Eine Quittung ist ein Rechtsdokument.**
Sie bestätigt den Erhalt einer geschuldeten Leistung und damit die vollständige Erfüllung einer Schuld (vgl. Art. 88 OR).
Eine gültige Quittung hat rechtliche Wirkung, da sie den Nachweis einer getilgten Forderung bildet.
→ Mit Ausstellung einer Quittung gilt die Forderung als erloschen.
- *Ein Beleg hingegen stellt keine Quittung dar.*
Er ist lediglich ein interner Nachweis dafür, dass ein Zahlungsvorgang stattgefunden hat – ohne rechtliche Wirkung im Sinne einer Tilgung. Ein Beleg dokumentiert eine Transaktion, bestätigt aber nicht, dass eine Schuld rechtlich erloschen ist.

Gründe, weshalb Behörden keine rechtsgültigen Quittungen ausstellen können.

- *Wenn eine Behörde – etwa ein Betreibungsamt – eine Quittung ausstellen und den Titel herausgeben würde,*
würde sie damit rechtlich erklären:
„Diese Schuld wurde ordnungsgemäss erfüllt und ist rechtlich erloschen.“
- *Eine solche Erklärung setzt zwingend voraus, dass:*
 - *die Forderung rechtlich gültig besteht,*
 - *die Zahlung auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, und*
 - *der Vollzug rechtskonform erfolgt ist.*
- *Da jedoch*
 - *keine bundesrätliche Durchführungsverordnung im Sinne von Art. 182 BV besteht,*
 - *keine gesetzliche Grundlage für die Entgegennahme oder Verbuchung von Zahlungen durch Betreibungsämter existiert,*
 - *und Giralgeld kein gesetzliches Zahlungsmittel im Sinne von Art. 84 OR i. V. m. Art. 1 WZG darstellt, kann keine Behörde eine echte, rechtsgültige Quittung ausstellen, ohne sich damit selbst eine rechtswidrige Handlung zu bestätigen.*
- *Daher werden anstelle gültiger Quittungen und der Aushändigung des Originaltitels, laut: OR Art. 966 lediglich folgende Ersatzformen verwendet:*
 - *Belege ohne Rechtswirkung,*
 - *maschinell erstellte Ausdrücke ohne eigenhändige Unterschrift,*
 - *Formulare ohne Siegel oder amtlichen Urkundenwert.*
- *Diese digitalen oder maschinellen Ausdrücke erfüllen nicht die Anforderungen der eidgenössischen Rechnungsvorgaben,*
nach denen jede rechtsverbindliche Rechnung oder Quittung eigenhändig unterzeichnet sein muss, um Urkundencharakter im Sinne von Art. 965 ff. OR und Art. 138 ZPO zu erlangen.
Somit ist eine Erfüllung durch solche digitalen Ausdrücke nicht rechtswirksam nachgewiesen.

Juristische Bewertung

- *Behörden stellen bewusst keine Quittungen, sondern ausschliesslich Belege aus, weil eine Quittung eine rechtsverbindliche Tilgungsbestätigung darstellen würde.*
Eine solche Handlung wäre, mangels gesetzlicher Grundlage, ein unzulässiger Verwaltungsakt.
Belege dienen ausschliesslich der internen Verwaltung und Buchführung,
ohne dass sie eine rechtliche Wirkung im Sinne einer Schuldtilgung entfalten.

Rechtliche Feststellung

- *Es wird festgestellt, dass Betreibungsämter keine Quittungen, sondern lediglich interne Belege ausstellen. Eine Quittung im Sinne von Art. 88 OR würde die Erfüllung einer Schuld bestätigen und Rechtswirkung entfalten.(Quittung Schuldschein/Titel)*
- *Da jedoch weder eine bundesrechtliche Vollzugsordnung noch eine gesetzliche Grundlage für die Entgegennahme und Tilgung von Geldforderungen besteht, können Betreibungsämter keine Quittungen ausstellen, ohne ihre Handlungskompetenz zu überschreiten.*

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!
Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

- **Die Ausstellung einfacher Belege dient ausschliesslich der administrativen Dokumentation und entfaltet keine Tilgungswirkung im Sinne des Obligationenrechts.**

Zusammengefasst:

Handlung	Gesetzliche Grundlage vorhanden?	Rechtsfolge
Gläubiger reicht Originaltitel ein	✓ (Art. 12 SchKG)	zulässig
Betreibungsamt fordert Schuldner zur Zahlung auf	✗ (keine VO, kein Verfahren)	ultra vires / rechtlich unbeachtlich
Betreibungsamt nimmt Geld entgegen	✗ (keine VO, keine Ermächtigung)	rechtswidrig / Schenkung
Schuldner bietet Barzahlung an	✓ (OR 84, 91)	Gläubigerverzug
Betreibungsamt akzeptiert Giralgeld	✗ (kein gesetzliches Zahlungsmittel)	keine Schuldtilgung

Juristische Kurzformulierung:

Aufgrund der fehlenden bundesrätlichen Durchführungsverordnungen gemäss Art. 182 BV dürfen Betreibungsämter ausschliesslich Unterlagen und Erklärungen des Gläubigers entgegennehmen. Jegliche Handlung gegenüber dem Schuldner – insbesondere Betreibungsurkunden, Zahlungsaufforderungen, Pfändungsandrohungen oder die Entgegennahme von Geld – ist ein Vollzugsakt ohne gesetzliche Grundlage und daher rechtswidrig im Sinne von Art. 5 BV, im Wiederholungsfall rechtlich unbeachtlich (ultra vires).

Fehlende Antwortpraxis der Behörden

- **Sobald eine Behörde schriftlich zugibt, dass sie keine Einschreiben versendet oder keine Originalurkunden verwendet, würde sie damit implizit anerkennen, gegen das Legalitätsprinzip (Art. 5 BV) und das Beweisprinzip (Art. 8 ZGB) zu verstossen.**
Eine solche Aussage wäre aktenkundig und könnte unmittelbar rechtlich angefochten werden.
- **Aus diesem Grund verfolgen viele Verwaltungsstellen eine Strategie des Schweigens:**
- **Keine Antwort** bedeutet kein Eingeständnis – und damit **keine Haftung**.
- **Durch das bewusste Unterlassen einer Antwort wird eine mögliche Verantwortlichkeit vermieden, obwohl das Verhalten objektiv gegen grundlegende Rechtsprinzipien verstösst.**
- **Das Schweigen als Zustimmung („qui tacet consentire videtur“)**

Der Satz:

„Wer schweigt, stimmt zu.“
ist **kein automatischer Gesetzesartikel**, sondern ein **anerkannter Rechtsgrundsatz** des römischen und kanonischen Rechts (tacitus consensus).

Er findet Anwendung, wenn:

- eine **klare, beweisbare Mitteilung** gemacht wurde,
- eine **angemessene Frist zur Antwort** gesetzt wurde,
- und die Behörde trotz Zustellung **bewusst keine Reaktion** zeigt.

Dann entsteht ein **konkludentes Einverständnis** – die Behörde nimmt die rechtlichen Folgen ihres Schweigens stillschweigend an.

Konkludentes Handeln und Begebungsvertrag

Die formlosen Schreiben und Reaktionen von Behörden dienen häufig dem Zweck, den Adressaten über konkludentes Handeln in eine faktische Begebung hineinzuziehen.

Das geschieht insbesondere dann, wenn eine Person:

- **auf nicht amtlich zugestellte Schreiben reagiert,**

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

- *freiwillig Angaben macht oder Zahlungen leistet,*
- *oder eine Handlung duldet, ohne formell zu widersprechen.*
- *Dadurch entsteht stillschweigend ein Begebungsvertrag nach Zivilrecht, der die Behörde wieder innerhalb des dispositiven Rechts handeln lässt – obwohl hierfür keine formelle Rechtsgrundlage besteht.*
- *Das Ziel dieses Vorgehens ist es, den Betroffenen über seine eigene Reaktion in eine zivilrechtliche Handlung zu verwickeln und so das Fehlen einer gesetzlichen Vollzugsgrundlage zu überbrücken.*

Systematische Folge – die geschlossene Kette

- *Keine Durchführungsverordnung → kein rechtskonformer Vollzug → keine rechtsgültigen Zustellungen → keine amtliche Verantwortung → Versuch, über Begebungsvertrag oder Schweigen eine Zustimmung zu konstruieren.*
- *Wer diese Kette erkennt und keine stillschweigende Zustimmung erteilt, entzieht der Behörde die Grundlage ihres Handelns. In der Folge existiert keine rechtliche Gegenpartei, und die Handlungen der Behörde verpuffen ohne Rechtswirkung.*

Rechtliche Feststellung

- *Es wird festgestellt, dass Verwaltungs- und Vollzugsbehörden auf Anfragen zur Zustellform regelmässig nicht antworten. Dieses Schweigen dient erkennbar dazu, kein Eingeständnis über das Fehlen einer gesetzlichen Zustellgrundlage abzugeben.*
- *Zugleich wird durch formlose Kommunikation (Briefe mit Fenstercouverts aka Flaschenpost oder auch Email im Postverkehr nicht als Einschreiben versendet) versucht, den Adressaten über konkludentes Handeln in einen Begebungsvertrag zu ziehen, um dadurch dispositives Recht zur Anwendung zu bringen. Da jedoch ohne eine bundesrechtliche Durchführungsverordnung kein rechtsgültiger Vollzug möglich ist, entfalten solche Vorgänge keine rechtliche Wirkung und begründen keine Verpflichtung*

Fazit

1. *Über 90 % des SchKG wird ohne bundesrätliche Durchführungsverordnung angewendet. → Das heisst: es existiert kein zusammenhängendes Vollzugsreglement.*
2. *Die wenigen bestehenden Verordnungen regeln Formalia (Formulare, Gebühren, Aufbewahrung) – nicht den materiellen oder rechtlichen Ablauf (z. B. Zustellung, Gläubigerverzug, Urkundenpflicht, Beweislast).*
3. *Der Vollzug stützt sich somit nicht auf Bundesverordnungen, sondern auf kantonale Praxis, Gerichtsurteile und Verwaltungsrundschreiben.*
4. *Streng nach Art. 182 BV Abs. 1 könnte man daher argumentieren, dass der Bundesrat den gesetzlichen Auftrag zum umfassenden Vollzug nicht erfüllt hat, weil keine einheitliche Verordnung besteht.*

Schlussfeststellung

- *Alle Verfahren, Entscheide und Handlungen, die durch Betreibungsämter, Gerichte oder andere Vollzugsstellen im Zusammenhang mit Schuldbetreibungen, Pfändungen, Konkursverfahren oder darauf aufbauenden Verwaltungsakten vorgenommen werden, erfolgen ohne nachweisliche Verordnungsgrundlage für die Zustellung; solche Akte sind bis zur ordnungsgemässen Zustellung formell und rechtlich unbeachtlich.*

Begründung

- *Der Vollzug des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG, SR 281.1) erfolgt seit der Aufhebung der Verordnung des Bundesgerichts über die Schuldbetreibung und den Konkurs (VSchKG, SR 281.11)*

am 13. Juli 2011 ohne eine bundesrätliche Durchführungsverordnung.

Damit fehlt sämtlichen auf diesem Gesetz beruhenden Verfahren die formell-gesetzliche Grundlage im Sinne von Art. 182 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV).

- Da das Legalitätsprinzip gemäss Art. 5 Abs. 1 BV vorschreibt, dass Grundlage und Schranke staatlichen Handelns das Recht ist, handelt jede Behörde, die dennoch im Rahmen des SchKG tätig wird, ausserhalb der verfassungsmässig übertragenen Zuständigkeit (*ultra vires*).
- Solange der Bundesrat die nach Art. 182 BV erforderliche Durchführungsverordnung nicht erlässt, sind sämtliche Handlungen, Zustellungen, Pfändungen, Verwertungen, Gerichtsentscheide und Folgeverfahren, die auf dem SchKG beruhen, formell rechtswidrig, entfalten keine Rechtswirkung und sind rechtlich unbeachtlich.
- Gemäss Art. 5 Abs. 1 BV darf staatliches Handeln nur auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, und nach Art. 49 BV hat das Bundesrecht Vorrang vor kantonalem oder verwaltungsinternem Handeln. Da der Bundesrat seiner Rechtsetzungspflicht nicht nachgekommen ist, besteht kein gültiger Vollzugsrahmen für das SchKG.
- Alle Verfahren, Verfügungen, Betreibungen, Pfändungen und gerichtlichen Entscheide, welche gegenüber der mir zugeteilten Person durch Bundes- oder Kantonsorgane eingeleitet oder geführt werden, erfolgen daher ohne rechtliche Zuständigkeit und stellen *ultra-vires*-Handlungen dar, also Handlungen ausserhalb der gesetzlich übertragenen Befugnis.
- Solche Verfahren sind **formell rechtlich unbeachtlich** (Art. 5 Abs. 1 BV), verstossen gegen den Vorrang des Bundesrechts (Art. 49 BV) und sind daher rechtlich unbeachtlich. Sie entfalten keine Rechtswirkung, **solange** keine ordnungsgemässe Zustellung/gesetzliche Grundlage besteht; Verfahren **sind einzustellen**, bis die **rechtmässige Zustellung** nachgewiesen ist
- Da keine rechtsetzende Verordnung nach Art. 182 BV existiert, kann der Bund gegenüber der mir zugeteilten Person derzeit keinen rechtmässigen Vollzug des SchKG vornehmen. Bis zur Herstellung eines gesetzeskonformen Vollzugsrahmens sind sämtliche Verfahren und alle bisherigen Akte **als rechtlich unbeachtlich** zu betrachten und fallen zu lassen da Sie als untergegangen gelten.

Feststellung zur fehlenden Durchführungsverordnung des SchKG und daraus folgender Unzuständigkeit

Nach eingehender Prüfung der geltenden Rechtsgrundlagen wird festgestellt:

1. **Das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1) ist ein Bundesgesetz im Sinne von Art. 164 BV, dessen Durchführung gemäss Art. 182 Abs. 1 BV dem Bundesrat obliegt.** Der Bundesrat ist verpflichtet, rechtsetzende Bestimmungen in der Form von Verordnungen zu erlassen, soweit er durch Verfassung oder Gesetz dazu ermächtigt ist.
2. **Eine Gesamt-Durchführungsverordnung zum SchKG existiert nicht.** Die frühere Verordnung des Bundesgerichts über die Schuldbetreibung und den Konkurs (**VSchKG, SR 281.11**) wurde am 13. Juli 2011 aufgehoben. Ihre Bestimmungen wurden nur fragmentarisch in einzelne Teilverordnungen überführt (**BAV 281.31, KOV 281.32, VSKR 281.33, AOBK 281.34, GebV 281.35**). Diese regeln ausschliesslich organisatorische oder technische Aspekte, nicht aber den materiellen oder verfahrensrechtlichen Vollzug des Gesetzes.
3. Damit fehlt eine bundesrechtlich einheitliche Vollzugsgrundlage im Sinne von Art. 182 BV Abs. 2. Das SchKG enthält zwar unmittelbar anwendbare Bestimmungen, doch sind diese nicht geeignet, den kantonalen Vollzug vollständig zu legitimieren, da die für eine Durchsetzung notwendigen Ausführungsnormen und Verfahrensermächtigungen nur in rund fünf Prozent der Artikel vorgesehen sind.

Vorrang des Bundesrechts und fehlende Durchführungsverordnung

- Gemäss Art. 49 BV (Vorrang des Bundesrechts) darf kantonales Recht dem Bundesrecht nicht widersprechen, es abändern oder ersetzen. Mangels einer bundesrätlichen Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV besteht jedoch keine formelle Vollzugsgrundlage für das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG). Daraus folgt, dass Kantone den Vollzug dieses Bundesgesetzes nicht eigenmächtig ausgestalten oder durch interne Weisungen und Praxis ersetzen dürfen, ohne gegen das

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is "no" negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Legalitätsprinzip nach Art. 5 BV zu verstossen. Jede kantonale Regelung oder Vollzugspraxis, die sich auf das SchKG stützt, beruht somit nicht auf Recht, sondern auf Verwaltungsgewohnheit und ist ultra vires. Gerade dieser Zustand erklärt, weshalb es eine Vielzahl von SchKG-Kommentaren, Fachbüchern und Interpretationen gibt, die sich darauf beschränken, die gesetzlichen Artikel zu beschreiben und auszulegen, ohne jemals deren rechtliche Verbindlichkeit im Vollzug herzustellen. Da die erforderliche Durchführungsverordnung fehlt, bleibt das SchKG ein kommentiertes, aber unvollziehbares Rahmengesetz, dessen Anwendung in der Praxis auf Interpretation statt auf formellem Recht beruht.

- ***Folglich stellen Vollzugshandlungen kantonalen Behörden, die auf unzureichender gesetzlicher Grundlage beruhen, ultra vires-Handlungen dar. Sie verletzen die Grundsätze der Gesetzmässigkeit der Verwaltung, der Gewaltenteilung und der bundesrechtlichen Zuständigkeitsordnung und sind gemäss Art. 5 Abs. 1 BV rechtlich unbeachtlich.***
- *Solange keine rechtsgültige bundesrätliche Durchführungsverordnung zum SchKG besteht, kann dessen Vollzug nur insoweit als rechtmässig gelten, als er sich unmittelbar aus den Artikeln des Gesetzes selbst ergibt. Jede darüberhinausgehende Ausführung, Auslegung oder Anwendung durch kantonale Organe (Gerichte) entbehrt einer bundesrechtlichen Grundlage und ist als formwidrig und rechtsungültig zu qualifizieren.*

Abschliessend ist festzustellen,

- *dass sämtliche auf dem Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG, SR 281.1) beruhenden Verfahren, Verfügungen, Betreibungen, Pfändungen und gerichtlichen Handlungen mangels bundesrätlicher Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV ohne gesetzliche Grundlage im Sinne von Art. 182 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) erfolgen.*
- *Alle derartigen Vorgänge sind daher formell rechtswidrig (Art. 5 Abs. 1 BV) und stellen ultra-vires-Handlungen dar – also Handlungen ausserhalb der verfassungsmässig übertragenen Zuständigkeit.*
- *Diese Verfahren sind unverzüglich einzustellen, da sie keine Rechtswirkung entfalten und keine Pflichten begründen können. Sollte trotz Kenntnis dieser Rechtslage weiter gehandelt oder vollzogen werden, entsteht für die beteiligten Organe und Amtsträger eine persönliche und institutionelle Haftungsverantwortung nach den Grundsätzen des öffentlichen Rechts und Art. 5 Abs. 3 BV (Verantwortlichkeit staatlichen Handelns).*
- *Es wird daher festgestellt, dass alle laufenden und geplanten Verfahren, die auf dem Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG, SR 281.1) beruhen, mangels bundesrätlicher Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV **formell unvollständig** und daher **rechtlich unwirksam**, solange keine ordnungsgemässe Zustellung und tragfähige gesetzliche Grundlage nachgewiesen ist.*
- *Diese Verfahren sind unverzüglich einzustellen und endgültig als gegenstandslos zu behandeln, da ein späterer Erlass einer Verordnung keine rückwirkende Heilung oder Legitimation bereits begangener ultra-vires-Handlungen bewirken kann.*
- *Zudem gilt: Nach Art. 74, 84 und 91 OR **kann** bei gehörigem Angebot in gesetzlichen Zahlungsmitteln und Annahmeverzug **Gläubigerverzug eintreten**, wodurch die Forderung **als erfüllt gilt**.*
- *Damit sind sämtliche vermeintlichen Forderungen ex tunc erloschen und können weder wiederaufgenommen noch weiterverfolgt werden, ohne gegen das Legalitätsprinzip (Art. 5 BV) und den Vorrang des Bundesrechts (Art. 49 BV) zu verstossen.*
- *Somit bleibt festzustellen, dass einzig die Bestimmungen des Obligationenrechts über den Gläubigerverzug (Art. 74, 84 und 91 OR) unmittelbar vollzugsfähig sind. Diese gelten ohne Durchführungsverordnung und bestätigen, dass eine Schuld rechtlich als erfüllt gilt, sobald der Schuldner die gehörige Zahlung in gesetzlichen Zahlungsmitteln (Art. 84 OR i. V. m. Art. 1 WZG) anbietet und der Gläubiger die Annahme verweigert. In diesem Fall tritt gemäss Art. 91 OR rechtsgültig Gläubigerverzug ein, wodurch sämtliche angeblichen Schulden aus dem betreffenden Schuldverhältnis als getilgt und erledigt gelten.*

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

- Ergänzend ist festzustellen, dass das Obligationenrecht (OR) in den Bereichen der Vertragserfüllung, Zahlung und des Gläubigerverzugs vollständig selbstvollziehendes Recht enthält. Diese Normen benötigen keine Durchführungsverordnung und gelten unmittelbar zwischen Gläubiger und Schuldner. Lediglich spezielle Teilgebiete des OR – etwa das Gesellschafts-, Arbeits- oder Rechnungslegungsrecht – verweisen auf ergänzende Bundesverordnungen. Damit bleiben Art. 74, 84 und 91 OR die einzigen unmittelbar vollziehbaren Bestimmungen, die die rechtmässige Erfüllung einer Schuld abschliessend regeln.

Ergänzende Auslegung zu Art. 1 ZGB im Verhältnis zum SchKG

Art. 1 ZGB regelt die Anwendung des Rechts, wenn ein Gesetz keine ausdrückliche Bestimmung enthält.

Er unterscheidet drei Ebenen:

- 1. Gesetzesrecht – das geschriebene Recht, welches unmittelbar anwendbar ist.**
 - 2. Gewohnheitsrecht – dauernde und einheitliche Praxis, die als rechtlich verbindlich anerkannt ist.**
 - 3. Richterrecht / bewährte Lehre und Überlieferung – richterliche oder wissenschaftliche Ergänzung, wenn weder Gesetz noch Gewohnheit bestehen.**
- Das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG, SR 281.1) verweist in mehreren Bestimmungen – insbesondere in Art. 34 Abs. 2 SchKG – ausdrücklich auf den Bundesrat, der die Einzelheiten des Vollzugs zu regeln hat. Da eine entsprechende bundesrätliche Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV seit der Aufhebung der VSchKG (SR 281.11) im Jahr 2011 nicht mehr besteht, fehlt die erforderliche formell-gesetzliche Grundlage für den Vollzug.
 - In der Praxis behelfen sich Betreibungs- und Konkursämter sowie Gerichte mit Gewohnheitsrecht (kantonaler Verwaltungspraxis) und mit „bewährter Lehre“ in Form von Kommentaren, Handbüchern und juristischen Auslegungen. Dieses Vorgehen stützt sich faktisch auf Art. 1 Abs. 2 und 3 ZGB, also auf die Ersatzebenen des Rechts, nicht auf eine gültige gesetzliche Grundlage.
 - Ein solcher Rückgriff ist jedoch nur zulässig, wenn kein Gesetz oder keine Ermächtigung existiert. Da das SchKG selbst ausdrücklich den Erlass einer Durchführungsverordnung verlangt, kann das Fehlen dieser Verordnung nicht durch Gewohnheitsrecht oder Literatur ersetzt werden, ohne gegen das Legalitätsprinzip (Art. 5 Abs. 1 BV) zu verstossen.
 - **Damit beruht der heutige Vollzug des SchKG nicht auf Bundesrecht, sondern auf Interpretation, Verwaltungspraxis und Kommentierung, was rechtsstaatlich unzulässig ist. Die Anwendung von Art. 1 ZGB darf nicht dazu führen, dass fehlendes Vollzugsrecht dauerhaft durch Gewohnheit ersetzt wird.**
 - **Diese Systematik bedeutet:**
Gewohnheits- oder Richterrecht dürfen nur angewandt werden, wenn weder Gesetz noch Verordnung bestehen. **Da das SchKG selbst ausdrücklich den Erlass einer Durchführungsverordnung verlangt (Art. 34 Abs. 2 SchKG), kann das Fehlen dieser Verordnung nicht durch kantonale Praxis oder Literatur ersetzt werden, ohne gegen das Legalitätsprinzip des Art. 5 Abs. 1 BV zu verstossen.** Damit beruht der heutige Vollzug nicht auf Gesetz, sondern auf Verwaltungspraxis – ein Zustand, der verfassungsrechtlich unhaltbar ist.

Bedeutung der Artikel 74, 84 und 91 OR – Selbstvollziehendes Recht

- **Im Gegensatz zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG), das ohne bundesrätliche Durchführungsverordnung nicht vollzugsfähig ist, enthält das Obligationenrecht (OR) bestimmte Artikel, die keiner weiteren Ausführungsbestimmung bedürfen.**
- **Diese gelten unmittelbar, also automatisch durch das Gesetz selbst, ohne dass der Bundesrat oder eine Behörde noch etwas regeln müsste.**
Man nennt solche Bestimmungen selbstvollziehendes Recht.

Übersichtstabelle – Rechtswirkung der Artikel 74, 84 und 91 OR

Artikel OR	Inhalt / Bedeutung	Charakter (rechtliche Art)	Zuständige Behörde	Umsetzung (VO vorhanden?)	Bewertung / Anmerkung
Art. 74 OR	Bestimmt den Ort der Erfüllung einer Schuld. Wenn kein anderer Ort vereinbart ist, erfolgt die Zahlung am Wohnsitz des Gläubigers.	dispositiv (gilt automatisch, wenn nichts anderes abgemacht ist)	–	keine VO erforderlich	Selbstvollzug – vollständig geregelt; kein weiterer Erlass nötig
Art. 84 OR	Regelt die Art der Erfüllung: „Geldschulden sind in den gesetzlichen Zahlungsmitteln zu leisten.“	zwingend	–	keine VO erforderlich	Zahlung nur in Bargeld gemäss Art. 1–2 WZG; unmittelbar anwendbar
Art. 91 OR	Definiert den Gläubigerverzug: Wenn der Gläubiger die gehörig angebotene Zahlung verweigert, gilt die Schuld als rechtlich erfüllt.	zwingend / direkt vollziehbar	–	keine VO erforderlich	Selbstvollzug – Schuld erlischt automatisch bei Gläubigerverzug

Erläuterung:

Diese drei Bestimmungen gelten unmittelbar, weil sie den gesamten Vorgang der Zahlung, Erfüllung und des Gläubigerverzugs vollständig regeln.

Dafür braucht es keine Durchführungsverordnung nach Art. 182 BV, denn der Gesetzgeber hat alles direkt im OR festgelegt:

1. **Art. 74 OR** – legt fest, wo die Schuld zu erfüllen ist (Ort = Wohnsitz des Gläubigers).
2. **Art. 84 OR** – legt fest, wie sie zu erfüllen ist (WZG nur mit gesetzlichen Zahlungsmitteln).
3. **Art. 91 OR** – legt fest, was passiert, wenn der Gläubiger die Annahme verweigert (Erfüllung gilt trotzdem, Schuld erlischt).

Diese Feststellung gilt sinngemäss für sämtliche Bundes- und Kantonsorgane, die ihre Handlungen auf das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) stützen.

Damit verbleiben im schweizerischen Schuldrecht ausschliesslich jene Bestimmungen als wirksamer Rechtsrahmen, deren Anwendung ohne zusätzliche Durchführungsverordnungen rechtlich zulässig ist.

In diesem Zusammenhang stellen die festgestellten **Gläubigerverzüge** die **einzig rechtssicheren und verbindlichen Feststellungen** dar, welche auf einer unmittelbar anwendbaren gesetzlichen Grundlage beruhen und somit formell sowie materiell gültige Rechtswirkungen entfalten.

Fehlender Vollzug der Ausführungsbestimmungen gemäss Schlussartikel der Revision 1994

(Art. 1–4 der Schlussbestimmungen zur Änderung des SchKG vom 16. Dezember 1994; AS 1995 1227; BBl 1991 III 1)

Nach der Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes vom 16. Dezember 1994 wurde in den Schlussbestimmungen ausdrücklich festgelegt:

Art. 1 – Ausführungsbestimmungen

„Der Bundesrat, das Bundesgericht und die Kantone erlassen die Ausführungsbestimmungen.“

Diese Norm enthält eine **gebundene Handlungspflicht** und keine **blosse Ermächtigung**.

Gemäss **Art. 182 Abs. 1 BV** ist der Bundesrat verpflichtet, zur Durchführung von Bundesgesetzen die erforderlichen Verordnungen zu erlassen.

Der Wortlaut der Schlussbestimmung überträgt diesen Auftrag ausdrücklich auf drei Ebenen:

1. **Bundesrat** → Rechtsetzende Bundesverordnungen (materieller Vollzug des SchKG).

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

2. **Bundesgericht** → Interne prozessuale Vorschriften (gerichtliche Organisation und Aufsicht).
3. **Kantone** → Organisatorische Regelungen des Amtsbetriebs (Betreibungs- und Konkursämter).

Tatsächlich wurde dieser Rechtsetzungsauftrag nicht erfüllt:

- Die bisherige **Verordnung des Bundesgerichts über Schuldbetreibung und Konkurs (V SchKG, SR 281.11)** wurde per **13. Juli 2011 aufgehoben**.
- Eine neue, umfassende **Durchführungsverordnung des Bundesrats** wurde **nicht erlassen**.
- Die wenigen Teilverordnungen (BAV, KOV, VFRR, GebV SchKG) decken nur interne Verwaltungsfragen ab und besitzen **keine materiell-rechtliche Vollzugswirkung**.
- Das Bundesgericht erlässt seither lediglich **Verwaltungsvorschriften**, keine rechtsetzenden Verordnungen im Sinn von Art. 182 BV.
- Die Kantone dürfen gemäss **Art. 49 BV** keine eigenen Rechtsergänzungen im Bundesvollzugsbereich schaffen.

Damit bleibt der in Art. 1 der Schlussbestimmungen verankerte Rechtsetzungsauftrag bis heute unerfüllt.

Rechtliche Konsequenz

Da die erforderlichen **Ausführungsbestimmungen** weder vom Bundesrat noch vom Bundesgericht erlassen wurden, fehlt dem SchKG seit 2011 die formell-gesetzliche Grundlage für seinen materiellen und verfahrensrechtlichen Vollzug.

Dies verstösst gegen:

- **Art. 5 Abs. 1 BV (Legalitätsprinzip)** – kein staatliches Handeln ohne gesetzliche Grundlage,
- **Art. 49 BV (Vorrang des Bundesrechts)** – keine kantonale Ersatzkompetenz,
- **Art. 182 BV (Rechtsetzungsauftrag)** – Pflicht des Bundesrats zum Erlass der Durchführungsverordnungen.

Folglich sind sämtliche Vollstreckungshandlungen nach dem SchKG – insbesondere Zustellungen, Pfändungen, Betreibungen und Konkursakte – formell rechtswidrig, da sie ohne gültige Ausführungsbestimmung erfolgen.

Das Bundesrecht ist in diesem Bereich **nicht vollständig in Kraft gesetzt**, wodurch der gesamte Vollzugsmechanismus des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts **verfassungsrechtlich defizitär** bleibt.

Kernsatz zur Bedeutung der DFVO

Nach Art. 182 Abs. 1 BV ist der Bundesrat verpflichtet, die zur Durchführung der Bundesgesetze notwendigen Verordnungen zu erlassen.

Solange für das **Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG)** keine vollständige **bundesrätliche Durchführungsverordnung** besteht, bleibt dessen Vollzug **formell unvollständig**. **Sämtliche Betreibungs-, Pfändungs- oder Zustellhandlungen können nur dann rechtlich Bestand haben, wenn sie auf einer ordnungsgemäss erlassenen Durchführungsverordnung beruhen. Fehlt diese Grundlage, entfalten sie keine Rechtswirkung und sind rechtlich unbeachtlich.**

Ergänzend: juristische Begründungsebene

1. **Art. 182 BV** – verpflichtet den Bundesrat zum Erlass von Durchführungsverordnungen.
2. **Art. 5 Abs. 1 BV (Legalitätsprinzip)** – staatliches Handeln bedarf einer gesetzlichen Grundlage.
3. **Art. 49 BV (Vorrang des Bundesrechts)** – kantonale Praxis darf fehlendes Bundesrecht nicht ersetzen.

Ohne DFVO fehlt also die rechtsetzende Verknüpfung zwischen Gesetz (SchKG) und Vollzug. Damit ist jede Handlung, die darauf gestützt wird, zwar formal ausführbar, aber verfassungsrechtlich defizitär und anfechtbar bzw. Unbeachtlich.

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!
Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Fehlende Nachprüfbarkeit der aufgehobenen VSchKG – Verletzung der Rechtssicherheit

Mit der Aufhebung der *Verordnung des Bundesgerichts über die Schuldbetreibung und den Konkurs (VSchKG, SR 281.11)* im Jahr 2011 wurde die Grundlage des materiellen Vollzugsrechts zum SchKG beseitigt, ohne dass der vollständige Wortlaut dieser Verordnung im digitalen Rechtssystem weiterhin einsehbar blieb.

Zwar ist der **Aufhebungsbeschluss** in der *Amtlichen Sammlung* (AS 2011 725) dokumentiert, doch der **ursprüngliche Verordnungstext** der VSchKG ist in den heutigen elektronischen Quellen (Fedlex, SR) nicht mehr abrufbar. Damit besteht zwar ein **Nachweis über die Behauptung ihrer Existenz**, jedoch **kein überprüfbarer Beweis über ihren tatsächlichen Inhalt**.

Dieser Zustand widerspricht dem verfassungsmässigen Grundsatz der Rechtssicherheit nach Art. 5 Abs. 1 BV sowie dem Grundsatz der Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns.

Die Nachprüfbarkeit früherer Rechtsnormen ist ein zentrales Element des Legalitätsprinzips.

Wenn ein staatlicher Erlass zwar aufgehoben, sein Wortlaut aber nicht mehr öffentlich einsehbar ist, verliert die Rechtsordnung einen Teil ihrer Transparenz und historischen Kontinuität.

Folglich ist festzuhalten, dass die Aufhebung der VSchKG ohne dauerhafte Publikation des Originalinhalts eine **strukturelle Verletzung der Rechtssicherheit** darstellt und den Nachweis des vormals **gültigen Vollzugsrechts faktisch verunmöglicht**.

Gesetzliche Zahlungsmittel und Vollzugsdefizit – WZG und OR als alleinige Grundlage

Nach geltendem Recht ist das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG, SR 941.10) die einzige verbindliche Rechtsquelle, welche festlegt, was in der Schweiz als gesetzliches Zahlungsmittel gilt.

Gemäss Art. 1–2 WZG sind ausschliesslich

- **die von der Schweizerischen Nationalbank ausgegebenen Münzen/Banknoten gesetzliche Zahlungsmittel.**

Das sogenannte **Giralgeld** – also Bankguthaben, Buchgeld oder digitale Zahlungsformen – ist kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern stellt lediglich eine **vertragliche Forderung des Kontoinhabers gegenüber der Bank** dar. Es kann daher nur auf Grundlage einer **privatrechtlichen Vereinbarung als Zahlungsmittel akzeptiert werden, nicht jedoch kraft Gesetzes**.

Die Modalitäten der Erfüllung von Geldschulden werden ausschliesslich durch das **Obligationenrecht (OR)** geregelt:

- **Art. 74 OR bestimmt den Ort der Erfüllung** – Geldschulden sind am Wohnsitz oder Sitz des Gläubigers zu leisten.
- **Art. 84 OR bestimmt die Art der Erfüllung** – Geldschulden sind in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu leisten.
- **Art. 91 OR regelt den Gläubigerverzug** – verweigert der Gläubiger die Annahme einer gehörig angebotenen Leistung, so gerät er in Verzug.

Wird eine Zahlung somit ordnungsgemäss in **gesetzlichen Zahlungsmitteln** angeboten, aber vom Gläubiger oder von der Behörde **nicht angenommen**, tritt gemäss **Art. 91 OR der Gläubigerverzug** ein.

Ab diesem Zeitpunkt gilt die Schuld als **ordnungsgemäss angeboten** und kann nicht mehr rechtswirksam eingefordert oder vollstreckt werden.

Da der Bundesrat keine **Durchführungsverordnung** zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) erlassen hat, fehlt die rechtliche Verbindung zwischen den Vollzugsnormen des SchKG und den zwingenden Vorschriften des WZG und OR.

Eine solche Verordnung müsste, um rechtskonform zu sein, ausdrücklich auf das WZG sowie die einschlägigen Bestimmungen des OR (Art. 74, 84, 91) Bezug nehmen und die Art der zulässigen Erfüllung klar definieren.

Würde der Bundesrat heute eine umfassende **Vollzugs- oder Durchführungsverordnung** schaffen, wäre er verpflichtet, **die Bestimmungen des WZG und des OR vollständig zu integrieren**.

Damit würde offengelegt, dass die derzeitige Verwaltungspraxis – insbesondere die Annahme ausschliesslich giraler Zahlungen – nicht mit dem geltenden Bundesrecht vereinbar ist.

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Das **WZG** in Verbindung mit **OR 74, 84 und 91** steht somit **allein als materielle Rechtsgrundlage für die Frage, was als gültige Erfüllung einer Geldschuld gilt.**

Solange keine rechtsgültige Durchführungsverordnung existiert, bleibt der Vollzug in diesem Bereich **formell unvollständig und rechtlich unbegründet.**

Der rechtliche Widerspruch zwischen Gesetz (WZG = Bargeld; OR = Erfüllungsregeln) und Verwaltungspraxis (Giralgeld) ist damit strukturell manifest und offenbart das bestehende **Vollzugsdefizit nach Art. 182 BV.**

Verstoss der Giralgeldpraxis gegen das Legalitätsprinzip (Art. 5 BV)

Gemäss **Art. 5 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV)** gilt das Legalitätsprinzip:

„Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.“

Das bedeutet, dass jede staatliche Handlung – insbesondere die Erhebung, Entgegennahme oder Vollstreckung von Geldleistungen – eine **ausdrückliche gesetzliche Grundlage** erfordert.

Das **Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG, SR 941.10)** legt in **Art. 1–2** abschliessend fest, welche Zahlungsmittel gesetzlich anerkannt sind:

- die von der Schweizerischen Nationalbank ausgegebenen **Münzen/Banknoten.**

Das sogenannte **Giralgeld (Buch- oder Kontogeld)** wird vom **WZG nicht als gesetzliches Zahlungsmittel** anerkannt, sondern stellt eine **blosse privatrechtliche Forderung** des Bankkunden gegenüber seiner Bank dar. Es besitzt daher keine hoheitliche Qualität als Erfüllungsmittel im Sinne des öffentlichen Rechts.

Wenn Behörden, Gerichte oder Betreibungsämter Zahlungen **ausschliesslich in Giralgeld verlangen oder akzeptieren**, handeln sie **ohne gesetzliche Grundlage.**

Ein solches Verhalten verstösst gegen das **Legalitätsprinzip gemäss Art. 5 Abs. 1 BV**, weil der Staat ein Zahlungsmittel verwendet oder erzwingt, das **vom Gesetz nicht gedeckt ist.**

Damit liegt ein struktureller Widerspruch vor:

Das Gesetz (WZG) verpflichtet den Staat zur Annahme von Bargeld, die Verwaltungspraxis schliesst Bargeld faktisch aus und bevorzugt Giralgeld.

Dieser Widerspruch offenbart ein **formelles Vollzugsdefizit** und verletzt das verfassungsmässige Gebot der **Rechtsstaatlichkeit und Gesetzmässigkeit staatlichen Handelns.**

Solange keine Durchführungsverordnung besteht, welche das WZG und das OR in die Vollzugspraxis integriert, bleibt die Verwendung von Giralgeld durch Behörden **rechtlich unbegründet** und damit **verfassungswidrig im Sinne von Art. 5 BV.**

Unterschied zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht – Bedeutung bei der Vernichtung privater Urkunden

Im **schweizerischen Rechtssystem** besteht eine grundlegende Trennung zwischen **Privatrecht** und **öffentlichem Recht**:

Bereich	Wesen / Inhalt	Zuständigkeit	Rechtsfolgen
Privatrecht	Regelt die Beziehungen zwischen gleichberechtigten Personen (z. B. Verträge, Eigentum, Schuldverhältnisse).	Zivilgerichte (ZGB, OR)	Verletzungen führen zu Schadenersatz- oder Restitutionspflichten.
Öffentliches Recht	Regelt die Beziehungen zwischen Staat und Bürger , also hoheitliches Handeln des Staates (z. B. Steuern, Verwaltung, Betreibung, Strafrecht).	Verwaltungsbehörden, Strafgerichte	Verstösse führen zu Amtspflichtverletzung, Amtsmissbrauch oder Nichtigkeit von Akten.

Rechtsfolgen der Zerstörung privater Urkunden

Wenn eine Behörde **private Originalurkunden vernichtet**, überschreitet sie die Schranken des öffentlichen Rechts.

Denn:

1. **Private Urkunden** (z. B. Zahlungsangebote, Verträge, Schriftstücke in propria persona) sind

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

zivilrechtliches Eigentum der ausstellenden Person.

→ Sie unterstehen dem **Privatrecht** (ZGB/OR), nicht dem Verwaltungsrecht.

2. Eine **Behörde darf nur mit gesetzlicher Grundlage in fremdes Eigentum eingreifen** (Art. 5 Abs. 1 BV).
→ Die Vernichtung privater Urkunden ohne rechtliche Grundlage ist ein **rechtswidriger Eingriff in Eigentum** (Art. 26 BV) und eine **Amtsanmassung / Amtspflichtverletzung** (Art. 312–317 StGB).
3. Im Privatrecht würde eine solche Handlung als **Zerstörung fremden Eigentums** oder **Schädigung eines Beweiswertes** gelten und zivilrechtliche Haftung (Art. 41 OR) begründen.

Folgerung für den vorliegenden Fall

Durch die Vernichtung meiner privaten Originalurkunden hat die Behörde **nicht im Rahmen des öffentlichen Rechts**, sondern **in fremder privatrechtlicher Sphäre** gehandelt.

Da keine gesetzliche Grundlage für diesen Eingriff besteht, liegt ein **ultra-vires-Handeln** vor – also eine Amtshandlung **ohne Kompetenz und damit nichtig**.

Nach schweizerischer Systematik gilt:

- **Privatrechtliche Dokumente dürfen nicht ohne Zustimmung des Eigentümers** vernichtet werden.
- Eine Behörde, die dies dennoch tut, verlässt den Bereich des öffentlichen Rechts und wird **zivilrechtlich verantwortlich** (Art. 41 OR i.V.m. Art. 5 BV).

Abschliessende Bemerkung

Ich erinnere höflich daran, dass die Gesetze, an die sich alle zu halten haben, nicht von mir stammen – doch ich erachte sie als verbindlich, solange sie gelten.

Diese kurze Abhandlung mag auf den ersten Blick von ungewöhnlicher Dichte erscheinen; doch die Komplexität liegt nicht in ihrer Darstellung, sondern im Zustand des Rechts selbst.

Wo die Ordnung in sich widersprüchlich geworden ist, genügt schon eine eigene kurze konsequente Analyse, um sichtbar zu machen, was lange übersehen wurde.

Die vorliegende kurze Gesamtanalyse hält dem bestehenden System lediglich den Spiegel seiner eigenen Gesetze vor.

Schlussabschnitt – Feststellung und Frage

Nach umfassender Prüfung sämtlicher relevanter Rechtsquellen – der Bundesverfassung (BV), des Obligationenrechts (OR), des Zivilgesetzbuches (ZGB), des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG), der Zivilprozessordnung (ZPO), des Strafgesetzbuches (StGB), des Währungsgesetzes (WZG) sowie der internationalen und römischrechtlichen Prinzipien (IPR, Kollisionsrecht) – ergibt sich:

Die geltenden Normen enthalten in ihrer gegenwärtigen Form **keine vollständige, bundesrätlich geregelte Vollzugsordnung**. Die rechtliche Grundlage für Verwaltungshandeln, Vollstreckung und Betreibung ist dadurch **formell unvollständig und materiell widersprüchlich**. Die vorliegende Gesamtanalyse belegt diesen Zustand anhand dokumentierter Gesetzestexte, amtlicher Verordnungen und Übergangsbestimmungen lückenlos und ohne Wertung. Damit ist nachgewiesen, dass die bestehende Rechtsanwendung weder durch ein geschlossenes Bundesrecht noch durch eine gültige Durchführungsverordnung gestützt wird.

***Denn gemäss Art. 29 BV besteht die Pflicht zur Begründung staatlichen Handelns.
Auf welches Recht stützen Sie nun Ihr Handeln?***



Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!

This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!

Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!

Dieses Schreiben ist «kein» Handelbares Instrument!
This letter is “no” negotiable instrument! Amtssprache ist Deutsch nach DWDS!
Alle Fett und gross geschriebenen Worte, dienen lediglich als Hinweis und sind gültig!